

Scheindemokratisches Geplänkel?

Polizeistation Holzhausen: Gegner ärgern sich über Vorgehen der Entscheidungsträger



Die Planung für das Bootshaus der Polizei am Holzhauser Dampfersteg geht weiter. Foto: Jordan

Utting-Holzhausen – Seit dem Bekanntwerden der Planung für eine Polizeistation am Dampfersteg Holzhausen im Frühjahr 2014 hat sich umfassender Protest und Widerstand gegen das vom Bayerischen Innenministerium initiierte Projekt entwickelt. Der Uttinger Gemeinderat sprach sich in der Sitzung vom Januar 2016 einstimmig gegen den Bau des Polizeibootshauses aus. Trotz der in den vergangenen anderthalb Jahren geführten Gespräche und zahlreicher ins Feld geführter Standortalternativen beharren das Ministerium und seine beamteten Vertreter laut aktueller Pressemitteilung von Wolf-Dietrich Lüps vom Verein „Unser Dorf“ und Daniel Fusban von der Initiative „dampferstegholzhausen.de“ auf der Alternativlosigkeit des Standortes Holzhausen“. Alternativen seien allerdings seitens des Ministeriums ohne sachlich stichhaltige Argumente vorzutragen abgelehnt worden.

Die Gegner des Projektes führten die Unverträglichkeit mit Prinzipien des Landschafts- und Naturschutzes sowie die absehbare Schließung des Steges für den Dampferverkehr und damit der Zugänglichkeit dieses vierten Seezugangs der Gemeinde Utting an. Die Konse-

quenz eines abgesperrten Dampferbeziehungswiese Polizeisteges wäre auch eine flächengreifende Staatsenklave bestehend aus Verwaltungsschule und Polizeisteg am Ende einer gemeindlichen Sackgasse die vor dem Steg beziehungsweise See endet. Gegen diesen „massiven, in Summe und Konsequenz drohenden Verlust von Heimat“ wenden sich die Gegner.

Eine weitere Dezimierung öffentlicher Seezugänge sei nicht nur unvereinbar mit der Bayrischen Verfassung, sondern auch aus wirtschaftlicher Sicht unverständlich, da sich der Wandel von der landwirtschaftlichen zur freizeitorientierten Gesellschaft gerade am Ammersee seit langem vollziehe und verweisen auf ihr Positionspapier vom April, welches auch dem verantwortlichen Staatssekretär Eck bei einem Gespräch im Maximilianeum am 28. April übergeben wurde.

Planungsauftrag offenbar vergeben

Bei diesem Gespräch waren Alex Dorow/Stimmkreisabgeordneter des Landkreises Landsberg, Karl Sauter/Gemeinderat Utting, Wolf-Dietrich-Lüps/Vorsitzender des Erhaltungs- und Verschönerungsvereins Holzhausen, sowie Daniel

Fusban/Initiative dampferstegholzhausen.de geladen. Ein weiterer Gesprächstermin sei in gleicher Runde für den 26. September zugesagt, aber ohne Angabe von Gründen kurzfristig abgesagt worden. Stattdessen hätten sich an diesem Tag Vertreter der Polizei mit Landrat Thomas Eichinger, Staatssekretär Gerhard Eck und Alex Dorow zu einer Besprechung getroffen. „Wir empfinden das als eine grobe Brückierung und Aufkündigung der bisherigen Gesprächsbereitschaft“, ärgern sich Fusban und Lüps in der Pressemitteilung. Die im April zugesagte Visualisierung hätten sie bis heute nicht erhalten. Nach dem Bekanntwerden eines Planungsauftrages an ein lokales Architekturbüro bezeichnen sie die vorangegangene Diskussion als „scheindemokratisches Geplänkel bei dem es seitens des Bauherrn von vornherein nie ernsthaft um die Suche einer echten Alternative ging“. Dies gelte insbesondere, da die Begründung für die Notwendigkeit eines Bootshauses nicht mit entsprechender Tiefe geführt worden sei: das inzwischen 14 Jahre alte Boot WSP 7 liege problemlos seit über zehn Jahren „einsatztaktisch“ am besten Ort, nämlich in nächst möglicher Nähe zur Polizeiinspektion Dießen am Dießener Dampfersteg vertäut. Sowohl die geforderte Einsatzbereitschaft im Winter mit einem nicht eisgängigen Boot, als auch die mögliche regelmäßige Pflege durch einen zuverlässigen Bootsbauer versus eines gewaltigen Bauprojektes werfen laut Pressemitteilung „weiterhin gravierende, offene Fragen nach der Sinnhaftigkeit des Unterfangens ‚Bootshaus‘ auf“.

Trotz dieser Tatsachen vollziehe das Ministerium nun eine forcierte Gangart und legt einen Zeitplan vor, der beginnend mit einem architektonischen Entwurf bis Ende 2016 über eine kurze Phase der Zustimmungsgenehmigung mit Baubeginn im Frühjahr 2017 mündet.